

Deffnet den Arbeitern die Augen!

Der Wahlausfall und die Maidemonstration in Sachsen haben bewiesen, daß neue Massen zu uns stoßen. Innerhalb vier Wochen haben 150 000 Arbeiter den Herrnern die Gefolgschaft gekündigt, die Hälfte dieser Zahl demonstrierte **alle** für uns, indem sie Thömlmann wählte, der andere Teil begnügte sich einstweilen mit passiver Empörung.

Die letzten Tage haben neue Ereignisse gebracht, die unserer Arbeit begünstigen und jedem Arbeiter beweisen, daß nur die KPD seine Interessen vertritt.

Die „Linke“ hat sich in Sachsen mit einer Schnelligkeit entzweit, als ob sie Hegearbeit leisten wollte.

Der offene Brief unserer Zentrale hat die Geschichte ins Rollen gesetzt. Da gab's kein Ausweichen. Die Herrschaften mußten kurz und bündig erklären, zu wem sie stehen, zu Hindenburg, oder zu den Arbeitern.

Die „Linke“ steht zu Hindenburg!

Den Ton gab auch diesmal das „Sächsische Volksblatt“ an. Flugs wechselte sie den Generalfeldmarschall zum „überparteilichen“ Präsidenten, prompt machte sie aus ihm einen Gegner (!!) der Rechten, und in seiner Mainummer ruft das Blättchen fröhlichend: „Alles beim alten!“ Und als Zeugen für das Alles wird ein deutschnationales Blatt angeführt!

Die erste Etappe unserer Arbeit hat schon nach kurzer Zeit ein unerschütterliches Resultat: die Linken stehen zu Hindenburg — sie sind gegen die Arbeiter!

Nun muß die eigentliche Arbeit unsererseits beginnen. Mit dem dreifachen Ziel: die SPD-Führung immer von neuem zum Reden und damit zum Entlarven ihrer counterrevolutionären Praxis zu bringen; die SPD-Arbeiter gegen ihre Führung und für den Kampf zu gewinnen; die Vorbildung dieser Arbeiter von der SPD und ihren Übertretern in die KPD zu organisieren.

Der Ausgangspunkt für diese Arbeit ist die gegenwärtige Lage.

Das „Sächsische Volksblatt“ ruft mit Entzücken: „Alles beim alten!“ Wie sieht dieses „alte“ aus?

Es sieht so aus:

Die Monarchien holen das Ruder völlig in der Hand. Die Reichsmehr gehörts ihnen, die Polizei steht ihr zur Verfügung, die ganze Verwaltung arbeitet für sie.

Die Arbeiterschaft muß zehn und zwölf Stunden schuften, bei miserabalem Lohn und bei politischer Entziehung.

Die Bourgeoisie bereitet neue Steuern vor, sie wirkt die wichtigsten Bedarfsartikel ungeheuer verteuern.

Außenpolitisch kündigt sich der neue imperialistische Krieg an. Hindenburg erklärt seine Bereitschaft, am antikommunistischen Block teilzunehmen.

Das ist das „alte“! Und dieses alte erscheint dem „S. B.“ als ein Paradies. Es frohlockt, daß es nur dabei bleiben könnte.

Aber es wird nicht dabei bleiben. Die Bourgeoisie wird weiter gehen. Wie sich das Kapital nicht damit begnügt, daß die SPD, die Novemberrevolution erstickt und sich mit den Demokraten und dem Zentrum zu gemeinsamem counterrevolutionären Werk verbunden hat, wie es damals weiter bohrte, bis es völlig die Macht in Händen hatte, so wird jetzt die Bourgeoisie nicht stehen bleiben, sondern mit der früheren Beharrlichkeit und Jähigkeit weiter arbeiten, d. h. die Ausbeutung des Proletariats vergrößern, den neuen Krieg vorbereiten und schließlich die Wiederherstellung der Monarchie im geeigneten Moment durchführen.

Vor diesen Tatsachen stehen wir.

Und trotz allesdem erklären die Linken, sie stehen zu Hindenburg. Der Alte ist gar nicht so schwarz, wie man ihn gemacht hat!

Wir fragen: Kann angeichts dieses Widerspruches, der Lage und dem Verhalten der Linken, die SPD-Arbeiterschaft bei den Herrnern bleiben?

Sie kann nicht und wird nicht!

Dortum herein mit der Agitation für unser Minimalprogramm in die Betriebe.

Ruft Belegschaftsversammlungen ein, sagt die Lage auseinander und lasst Resolutionen für unsere Forderungen annehmen.

Beruhigt die SPD-Arbeiter, die eure Worte über ihre Ämter noch nicht glauben wollen, die Fragen in ihrer Partei zu stellen.

Die SPD, der treueste Diener der Bourgeoisie, will nicht für die Republik kämpfen, denn die Kapitalisten können die Republik nicht mehr gebrauchen. Die Sozialdemokratie muß ihre Lüge vom „Kampf gegen die Monarchie“ eingestecken! Es gilt, sie dazu zu zwingen.

Kräfft die schwarz-rote-gelbe Linde von den Augen der SPD-Arbeiter!

Wer gegen die monarchistische Restaurierung ist, kämpft mit der KPD!

Generalstreik gegen Hindenburg!

Kleinbauern, Pächter und Siedler, macht Schluss mit dem Landbund!

(Von einem schossenden Landwirt.)

Ihr, die ihr noch dem Landbund, der Bauern-Organisation, in welcher die Junker und Großgrundbesitzer die Führung haben, angehört, lasst ab von dieser nicht eure Interessen vertretenden Organisation. Auf dem Bautzner Wochenmarkt am 2. Mai 1925 äußerte sich ein Großbauer, welcher eine führende Person aus folgenderweise:

„Die landwirtschaftliche Siedlung würde die Produktion vermindern. Wo es früher eine Lust war, die Saat anzuleben, lebt es jetzt nach der Besiedlung zum Kotterdorn aus. Die Siedler, die faule, linsige Bande, wären zu faul, ordentlich zu wirtschaften. Nieht hätten gedacht, wenn es gereignet hat, nachher wächst es von selbst. Weiter wurde behauptet, daß die Kleinbauern bis zu 2 Hektar steuerfrei wären, und daß die Steuern für den großen Bauer viel höher wären, als beim Kleinbauer. Ich selbst hätte man noch vor einigen Tagen Siedlungsgeland enteignen wollen, und er hätte müssen Land abgeben, welches direkt hinter seinem Hause liegt. Zur Landwirtschaftskammerwahl wäre es ganz richtig, daß der kleine Landwirt, wenn er seinen Hauptgewerbe wo anders erwirkt, nicht wahlberechtigt wäre. Diese dürfen Landwirtschaft gar nicht betreiben.“

Sollte es auftreten, daß die Bewirtschaftung juridisch ist, liegt es wohl nur daran, daß

Nur die Kommunisten sind für Bestrafung der Böhler Mörder

Landtag

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der Genosse Dr. Schmitz eingewiesen.

1. Punkt: Antrag der KPD-Fraktion über das Böhler Unglück.

Gen. Lieberasch geißelt in treffenden Ausführungen die Hochzeit des Landtages und der bürgerlichen Gesellschaft, die jetzt wegen allzuhäufiger Unglücksfälle sogar die bloßen Trauerfeierlichkeiten absagt. Er zeigt die Gewissenlosigkeit der Leitung, die, um ihren Profit zu steigern, ganz minderwertiges Material verwendete, so daß es möglich war, daß ein einziger Kieselstein einen 60 Zentner schweren Stein der Masse zertrümmer konnte. Das Unrechtsholz wird treffend gekennzeichnet. Warnungen lehrt der Arbeiter über drohende Gefahr wurden nicht beachtet; die Regierungserklärung wagte es, von „Ferien der Arbeiter“ zu sprechen, die die Gefahr gestiegen hätten. Dabei handelt es sich um eine Situation, die durch die Auseinandersetzung zwischen dem verlorenen antreibenden Polier und den empöierten Arbeitern geschaffen worden ist. Die Arbeiter haben diesen Menschen verprügelt, weil er in der unerhörtesten Weise antrieb, als er nicht entlassen wurde, verliehen die Arbeiter die Arbeit, weil sie nicht mit ihm arbeiten konnten.

Die Regierungserklärung verflucht die Täschchen zu versuchen. Auf dem Bau steht fortwährend der Kampf um die Arbeitszeit und die Poliere. Der Polier wechselt. Das System bleibt dasselbe. Darauf wieder Empörung. Der Polier wird entlassen. Ein neuer Polier wird eingestellt. Während der Zeit versteckt der Bauleiter, dem stellvertretenden Buchhalter wird gemeldet, daß sich im Bau Käse zeigen, er nimmt ab, beachtet nichts. Den Eisenbauer werden Käse in der Ecke gemeldet, er erklärt, man würde das wieder am Sonntag verloren. Also scheint es schon früher Käse gegeben zu haben. Jetzt erfolgt der Zusammenbruch. Nur zwei Arbeiter überleben die Katastrophe, alle anderen gehen zugrunde. Die Untersuchungskommission, die der Aussichtsrat zur Besichtigung einladi, flüchtet von den Trümmerställen, als Genosse Lieberasch, der daran teilnimmt, zur gründlichen Untersuchung auffordert.

Es fehlen Bauarbeiterverträge (Juris des linken Sozialdemokraten Dennhardt). Es gibt überhaupt keine Schadversicherungen. Das mußte ausgegeben werden. Die KPD-Fraktion verlangt deshalb Verhaftung und Bestrafung der Schuldigen. Der Bauleiter hat versucht, die überlebenden Arbeiter vor Jugenauslagen einzuschüchtern durch Drohung mit Justizhaus. Das beweist die Notwendigkeit der Verhaftung. Aber der Staatsanwalt verzögert daselbe. (Hört! Hört! bei den Kom.) Das ist Jugendbeleidigung. Als Gegenstück führt Gen. L. die Leipziger Firma an, die ihren Betriebssatz möglicherweise auf Grund gelaufer Auslagen von Arbeitern. Als dieleben durch den Gewerkschaftsvertreter aufgefordert waren, die „neine Wohheit“ zu legen, nahm diesen der Staatsanwalt in Post „wegen Jugendbeleidigung“, bei der Verhandlung jedoch mußte der selbe freigesprochen werden. (Lebh. Hört! hört!) Genau so verflucht die Bauleitung die überlebenden einzuschüchtern. Als das nicht gelang, drohte man dem Arbeiter Kübel, der unter Hintenanführung seines Lebens die Bergung der Opfer mit durchführte und dann übermüdet eine Baubude öffnete, um sich schlafen zu legen, wegen „Diebstahls“ zu verklagen. So verflucht man diese Zeugen mürbe zu machen.

Man will verschleiern, daß für den Schutz des Lebens der Arbeiter nichts getan worden ist, das hat auch die Regierung versuchen wollen. Die Kommunisten verlangen Schutz vor der artigen Verbrechen der Profitier, Verhaftung und Bestrafung der Schuldigen, lebenslängliche auskömmliche Renten für die hinterbliebenen. Die Arbeiter werden den Schutz ihres Lebens in unerbittlichen Kloßkampf erringen. (Lebh. Bravo bei den Kommunisten.)

Reinhold windet sich; erklärt, daß ein Teil der kommunistischen Anträge „selbstverständlich durchgeführt“ würde, doch er aber bitte, die Anträge abzulehnen, weil die Verhaftung „sozialeinheitlich“ sei.

Genosse Siemert stellt Antrag auf Beratung. Der Antrag wird genügend unterstützt.

Genosse Siemert erklärt nun, daß der Bauherr, die Siedler, mitverantwortlich seien, weil sie das Material nicht geprüft hätten, es ist der Versuch, Profite zu steigern, ohne auf Menschen Rücksicht zu nehmen. Verhaftung der Bauleitung ist notwendig, um eine richtige Untersuchung zu ermöglichen. Das Verantwortungsbewußtsein der Abgeordneten ist dadurch gekennzeichnet, daß man nicht einmal an der Beratung teilnimmt.

Reinhold windet sich wieder. Er gesteht, daß die Begrüßungen Lieberaschs und Siemerts richtig sind, hört aber die Sächs. Werte für nicht verantwortlich. Er sei auch für Bestrafung, aber der Staatsanwalt habe die Sache ja schon in der Hand.

Wormsiedlungen liegen bezeichnenderweise nicht vor. Auch die „linken“ Sozialdemokraten, die genau über das verbrochene Treiben der Bauleitung orientiert sind, halten aus Angst vor dem drohenden Ausschluß den Mund.

Besser könnten sie ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ kaum demonstrieren. Feig und erbärmlich. Meinlaut flüchten sie aus dem Saale.

Im Schluswort rechnet Lieberasch gründlich mit der Bürgerschaft ab. Sie hält sich Kapitalisten zu verhafen, weil das nicht „durchführbar“ sei, aber den Genossen Schneller, der als Reichstagabgeordneter immer ist, kann sie zur Erforschung von Auslagen fürverhandeln verhafte. Wenn man den Kommunisten vorwirkt, sie schlägt jede Angelegenheit politisch aus, so erfordert er, die Kommunisten müßten als Arbeitervertreter stets für die Interessen ihrer Klasse eintreten und zugleich die Ursachen der Ausbeutung und Niederhaltung aufzeigen. Schönlich ist das Verhalten des Baumarktverbundes, der sich hinter den Unternehmern stellt, um einen unschönen Kollegen, der energisch für die Forderungen der Arbeiter eintrat, als Delegierten zu erledigen, deshalb konnte die Firma den Delegierten Trenkel aus die Straße werfen. Diese gewissenlose Verfluchtung der Urheber muß verhindert werden. Deshalb beantragt die kommunistische Fraktion die Ueberweisung des Antrages an den Ausschuss. Einstimmige Annahme. Die Bürgerlichen wagen nicht, irgendwie vorzutreten.

Eine deutschationale Anfrage über Errichtung der Käuflelfelder bei Altau beendet deren Auslieferung ans Privatkapital. Genosse Lieberasch nagelt diese Absicht fest. Unter dem Deckmantel der Sorge um Gehandhabung für die Bevölkerung und Schönheit der städtischen Umgebung versuchen sie, ihre Konkurrenzkämpfe gegen die Sächs. Werte zu führen. Die Kommunisten denken nicht daran, die Vorstöße des Privatkapitals unverhindert zu lassen. Die triegelsteiner Bourgeoisie kümmert sich einen Drest um Schönheit der Landschaft und Gesundheit des Volkes, wenn sie ihre Profite steigern will. Wenn sie zum Krieg gegen Sovjetrußland sich Frankreich anbüdet, so zeigt sie deutlich ihr wohliges Gesicht, während sie hier verschleiert um ihre Profite kämpft.

Daraus stellt die Deutschationale Bültmann eine Anfrage wegen bedächtiger Bodenung der Dresdner Heide. Sie hat das Gras machen hören und glaubt, daß dort ein Friedhof angelegt werden soll. Als sie bei der Begründung in vorhinflüssige Seiten zurückgreift, beginnen die Kommunisten mit ironischen Zwischenrufen. Unter allgemeinem Gelächter löst sich die gebrannte Dame. Reinhold erklärt, daß niemals beabsichtigt war, die Heide zu bebauen. Damit hat sich die Anfrage erledigt.

Als letzter Punkt steht die zweite Beratung des Antrages der kommunistischen Fraktion, bez. die Forderungen der Eisenbahner, auf der Tagesordnung.

Genosse Häberle kennzeichnet die niederträchtige Abwurfung des Eisenbahnerstreiks, der geführt wurde um die primitivsten Forderungen. Er hält den Antrag aufrecht, bei der Reichstageregelung die Bewilligung der damals gestellten Forderungen durchzuführen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten von der Einheitsfront Greifmann bis Graupe (Wirth war geschriften) niedergestimmt. Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses, den kommunistischen Antrag abzulehnen, wird angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag mittags 1 Uhr.

eine kommt auf die Glashütten, die chemische Industrie und die Industrie der Leuchtmstoffe, Seife, Fette, Öle und Firnisse.

Der Index steigt!

Neuer Index 137,5.

(Witt. des Statistischen Landesamtes.) Dresden. Seit Februar d. J. hat sich die Teuerungsstatistik, die Berechnung der Indexziffern der Lebenshaltungskosten, im ganzen Reich geändert. Die Statistik wurde infolge auf eine breitere Grundlage gestellt, als zu den bisher einbezogenen Gütergruppen: Ernährung, Kleidung, Wohnung und Bekleidung noch Aufwendungen für Verkehr, Körperpflege, Reinigung, Bildung und Unterhaltung hinzutreten. Die Indexziffern haben sich, wie vorausgesprochen war, erhöht. Betrag nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes die höchste Indexziffer am 1. März nach früherer Methode 126,5 (Vorkriegszeit gleich 100), so ergab sich nach neuer Berechnungsart 137,5. Rüntig sollen nur noch Monatsdurchschnitte der Indexziffern veröffentlicht werden. Im Monatsdurchschnitt betrug in Sachsen der Geschäftindex der Lebenshaltungskosten nach der neuen Berechnungsart für Februar 138,0, für März 137,7, für April 138,1. Schon der berüchtigte Schwindelindex zeigt ein langsames, aber höheres Steigen. Von einem Steigen der Löhne aber wird nichts gemeldet.

Austritt aus der Kommunistischen Partei.

Kreitl. Stadtverordneter Kurt Smoch ist aus der Kommunistischen Partei ausgetreten, weil er, wie er angibt, die parlamentarische Tätigkeit der KPD nicht versteht. Sein Mandat hat er der Partei zur Verfügung gestellt, da er gegen jede Parlamentstätigung ist.

Kritzung für Kapitalistensöldlinge.

Die bürgerliche Presse meldet würdig:

Pirna. In einem Lokal in Cunnersdorf gerieten Angehörige der Lintzorganisation mit einem Arbeiter, der einer oberländlichen Organisation angehört, in Streit, der sich vor dem Lokal fortsetzte. Der Angegriffene wurde schwerverletzt nach dem Krankenhaus gebracht, er hatte außer Verletzungen am Körper auch eine Gehirnerkrankung davongetragen.

Röhrsdorf. Am Donnerstag abend fuhr der von Leipzig-Tödel kommende Personenzug dem vor der Einfahrt wartenden noch leeren Personenzug nach Hainichen-Chemnitz in die Blanken. Zwei Personenwagen wurden aus dem Gleis gehoben und stürzten schwer beschädigt die Böschung hinab. Menschenleben wurden glücklicherweise nicht gefordert.